
FDP Büdingen

FDP-ANTRAG AUF VERKAUF DER „ALTEN MILITÄRREGIERUNG“ ABGELEHNT

02.06.2017

Der Kreis-Anzeiger berichtet in seiner Ausgabe vom 01.06.2017 über die Entscheidung der SVV zum Thema Alte Militärregierung: http://www.kreis-anzeiger.de/lokales/wetteraukreis/buedingen/nutzung-fuer-militaerregierung-gesucht_17932394.htm

Hintergrund:

Zum TOP "Alte Militärregierung" hat die FDP-Fraktion hat in der Stadtverordnetenversammlung am 19.05.2017 einen Änderungsantrag eingebracht (hier zum Nachlesen: <http://www.fdp-buedingen.de/?p=653>).

Mit diesem Antrag wollten wir erreichen, dass das seit vielen Jahren leerstehende Objekt in der Mühltorstraße jetzt verkauft wird. Es lagen zwei Kaufangebote vor, von denen eines in der Stadtverordnetenversammlung zur Vorlage kam. Dieses war das niedrigere der beiden Angebote, sodass hier nur eine Ablehnung des Verkaufs in Frage kam. Das deutlich höhere zweite Angebot wurde den Stadtverordneten nicht vorgelegt. Statt dessen beschloss die SVV - bei Ablehnung unseres Änderungsantrages - , dass das Objekt überhaupt nicht verkauft werden soll. Stattdessen wird nun eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit Nutzungskonzepten beschäftigen soll.

Das Gebäude hat einen immens hohen Sanierungsbedarf, der in einem Bausubstanzgutachten auf 3 - 4 Mio. Euro geschätzt wurde. Eine Erhaltung des gesamten Objekts wird somit nicht in Frage kommen, es bleibt letzten Endes nur der Abriss.

Rechnet man den gebotenen Höchstpreis (als entgangenen Gewinn) und die geschätzten Abrisskosten zusammen, so kommt man auf Kosten in Höhe von 475.000 Euro - und das

nur für eine freie und nutzbare Fläche auf dem Grundstück Mühltorstraße 5.

Dies entspricht einem Preis von 305 €/qm.

Erstmals wurde im Jahre 1991 (also vor 26 Jahren!) der Antrag auf Verkauf gestellt - damals von der CDU. Die SPD lehnte dies ab und wollte ein "Haus der Vereine" daraus machen. Im Jahr 2012 hat die Stadt selbst den Abbruch des Gebäudes beantragt.

Die FDP-Fraktion möchte das Objekt jetzt verkaufen, da erstmalig ein interessantes Kaufangebot vorliegt. Eine fast dreißig-jährige Hängepartei würde damit beendet.